

Erscheint täglich.
Bezugspreis für die Woche vom 19. bis 24. November
350 Milliarden M., fasslich in der Herausgabe ob. Aufstellung
der Zeitung gehindert. Hrb. hat der Zeile je keinen Anspruch
auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Aus-
gleichung des Bezugspreises. Für die Redaktion vorzu-
nehmlich: P. Schubert, Kamen

51. Jahrgang.

Reichstagsſitzung vom 20. November.

bank bestellt worden. (Hört, Hört! rechts). Die Behandlung der Frage der besetzten Gebiete hat die Regierung von Mißerfolg zu Mißerfolg geführt. Dieselben Parteien, die beim Abbruch des passiven Widerstandes die Zahlungseinstellung für das besetzte Gebiet verlangten, nehmen jetzt den entgegengegesetzten Standpunkt ein. Das ist nicht logisch. Wir haben niemals den Abbruch der Verhandlungen mit den Franzosen gefordert. Wir verlangen vom Reichszentraler eine unzweideutige Erklärung über die Politik im besetzten Gebiet. Wir sind auch für Verhandlungen, aber nicht mit den Franzosen allein, sondern mit allen Alliierten. Die französische Politik wird sich ändern, wenn endlich einmal die deutsche Politik den Charakter der Schwäche verliert. Eine Regierung, die wir nie uns denken, würde sich von Friedensvorschlägen fernhalten. (Gelächter links). Wir denken nicht daran, eine einheitliche nationale Regierung zu fordern, sondern eine denkbar weite nationale Einheitsfront. Wir wollen nicht den Feuerbrand in Europa entfachen, aber wir wollen auch einen uns aufzubringenden Kampf furchtlos bestehen. Wir wollen keine einseitige kapitalistische Vorherrschaft, wir wollen der Arbeiterkraft die ihr gebührende Stellung einräumen. Aber die Sozialdemokratie ist nicht die Vertretung der Arbeiterkraft. Das letzte parlamentarische System ist kein geeignetes Mittel zur gemeinsamen. Die bayerische Frage ist eine deutsche Frage. Kaht hat wie Bismarck die Reichstreue über alles gestellt. Wir müßten durch einen Regierungswechsel dafür sorgen, daß Männer dieser Art uns das neue Deutschland, das Deutschland von morgen bringen. (Beifall rechts.)

Veränderung der Reichskanzlerrede.

Als Reichskanzler Dr. Stresemann das Wort erhalten soll, verlangt Abg. Köhnen das Wort zur Geschäftsordnung. Präsident Loebe verweigert das. Abg. Köhnen ruft: Ich will dagegen protestieren, daß Polizei im Hause ist. (Erregung bei den Kommunisten.) Als der Präsident dem Reichskanzler das Wort erteilt, schlägt Abg. Nemele (Komm.) erregt mit der Faust auf das Geländer der Rednertribüne und ruft dabei wiederholt: Sind wir im Parlament oder im Justizhaus? Präsident Loebe fordert unter lebhaftem Beifall der Mehrheit den Abg. Nemele wegen größtlicher Verletzung des Hauses auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Da der Abg. Nemele der Aufforderung nicht folgt, wird die Sitzung zunächst auf eine Stunde aufgehoben. Die meisten Abgeordneten verlassen während der Pause den Sitzungssaal. Abg. Nemele bleibt auf seinem Platz. — Präsident Loebe eröffnet nach einer Stunde die Sitzung wieder um 11 Uhr zu dem Zwischenfall, er habe Kriminalbeamte in den Reichstag gerufen zum Schutze der Regierungs- und Reichstagsmitglieder, die durch zahlreiche Schreiben und Androhungen in ihrem Leben bedroht worden sind. Da letztere die Erfahrungen der letzten Zeit gezeigt hätten, daß solche Drohungen oft ernst zu nehmen sind, sind diese Schutzmaßnahmen notwendig gewesen. (Beifall bei der Mehrheit.) — Abg. Köhnen (Komm.) verurteilt die Heranziehung der Polizisten. — Abg. Dittmann (Soz.) bittet im Namen der gesamten sozialistischen Fraktion das Verhalten des Präsidenten als durchaus fortreffend. Auch August Bebel habe immer verlangt, daß die Protestanten sich als anständige Menschen benehmen. Von den Kommunisten sei diese Regel häufig missachtet worden. (Lebhafte Zustimmung.)

Präsident Loebe fragt den Abg. Nemele, ob er jetzt den Saal verlassen wolle. Da Abg. Nemele dies verweigert, vertagt der Präsident unter Entfesselungskundgebungen der Rechten die Sitzung auf Donnerstag.

Einverständnis in der Bot- schafterkonferenz.

Nachdem die für Dienstag angeordnete Sitzung der Stichtagster auf neue abgesetzt war, ist in der gestrigen Verhandlung ein Einverständnis erzielt worden. Habas glaubt mitteilen zu können, daß ein Kompromiß auf der Grundlage der Bedingungen erzielt wurde, die Montag nachts veröffentlicht wurden. Die militärische Kontrolle in Deutschland soll unverzüglich wieder aufgenommen werden. Die angegebene Habasmeldung von Montag besagt, die

Konferenz werde sich nicht darauf beschranken, von Deutschland, wie in früheren Notizen eine Erleichterung für die militärische Kontrolle zu erlangen, sie werde ihr diesmal notifizieren, daß die Ausführung der Kontrolle in einem sehr nahen Zeitpunkt wieder aufgenommen werde. Die Kontrollkommission werde unter eigener Verantwortung selbst bestimmen, unter welchen Bedingungen und in welchem Landstrich sie ihre Mission zu übernehmen gedenke. Wenn ihre Hindernisse in den Weg gelegt werden, hätte die Kommission die Frage zu prüfen, ob und in welchem Umfange die deutsche Regierung dafür verantwortlich sei. Dann könnte für die Äußersten der Anlaß dafür gegeben sein, sich über die notwendigen Maßnahmen für den Fall systematischer Instruktionen von Seiten Deutschlands zu verständigen.

Die Noten der Botschafterkonferenz

über die Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle in Deutschland und die Mißföhr der ehemaligen deutschen Kronprinzen sind dem deutschen Geschäftssträger Votschaftsrat von Hoesch heute abend überreicht worden. In der Note der Votschaftskonferenz an die deutsche Regierung betreffend die Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle heißt es: Die alliierten Regierungen haben Kenntnis von der Erklärung der deutschen Regierung, daß sie keineswegs die Absicht habe, die Verpflichtungen des Versailles Vertrages zu verweigern, genommen, sie stellt jedoch fest, daß die deutsche Regierung nichtsdestoweniger darauf beharrt, tatsächliche Gründe anzuführen, um sich der Ausübung der militärischen Kontrolle zu entziehen. Die alliierten Regierungen können nicht zuzustimmen, daß die Wiederaufnahme der Kontrolloperation an sich eine neue Quelle für Schwierigkeiten oder eine Ursache für Zwischenfälle darstellt. Die Kontrollkommission habe immer im Auge, die Aufgaben der deutschen Behörden zu erleichtern, man könne sich auch in Zukunft an ihren Rat verlassen. Unter diesen Umständen setzen sich die alliierten Regierungen in die Notwendigkeit verjett das Recht aufrecht zu erhalten, daß die Militärkontrollkommission sowie der aeronautischen Garantiekommision zuzustimmen. Die Alliierten erinnern die deutsche Regierung daran, daß jedesmal, wenn die Kontroll- und Ueberwachungsorgane ihr notifizierten, daß sie zu einem Besuch schreiten wollten, die deutsche Regierung die absolute Pflicht habe, der Kontrollkommission gemäß dem Friedensvertrag alle notwendigen Erleichterungen in der Erfüllung ihrer Aufgabe zu geben. Infolge dessen hätten die Alliierten beschlossen, daß die Tätigkeit der Militärkommission und die aeronautische Bewachung unbehindert unter den Bedingungen wieder aufgenommen werden, die der deutschen Regierung durch den Vorstehenden der Kontrollkommission und des aeronautischen Garantiekommisjones mitgeteilt wurden. Falls diese Operationen auf Obstruktionen der deutschen Behörden oder Staatsbürger stoßen würden, halten sich die Alliierten das Recht vor, die ihnen geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausführung des Versailles Vertrages sicherzustellen.

In der Note betreffend die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen heißt es: Die alliierten Regierungen hätten Kenntnis von der Erklärung genommen, hinsichtlich der Berücksichtigung des ehemaligen Kronprinzen auf den Thron von Preußen und auf die deutsche Kaiserkrone sowie von der formellen Verpflichtung, die die deutsche Regierung übernommen habe, die Rückkehr des ehemaligen Kaisers nach Deutschland nicht zu erlauben. Durch die Mitteilung des Thronverzichtes vom 1. 12. 1918 habe die deutsche Regierung bekräftigt, daß sie sie für gültig ansehe und ihre Annahmierung nicht dulden werde. Der deutschen Regierung, die die Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen gestattete, könne nicht unbekannt sein, daß seine Anwesenheit in Deutschland geeignet sei, für Deutschland innen- und außenpolitische Komplikationen hervorzurufen. Die deutsche Regierung werde daher voll verantwortlich gemacht für die etwaigen Folgen ihrer Erlaubnis. Die Alliierten lenken die ganze Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Gefahr und auf die Möglichkeit hin, die die Alliierten zwingen könnten, sich über Maßnahmen zu verständigen, und ihnen entgegenzutreten.

Die Massenkündigungen im Bergbau.

Neue Arbeitsbedingungen.
Befanntlich hat der Hefenverband den Beschäftigten zum 30. November gekündigt. Es ist nun geplant, wenn inzwischen die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme wieder eintritt, 70 v. H. der gekündigten Arbeiter wieder einzustellen und die übrigen der Arbeit im unbesetzten Gebiet zuzuführen. Diese Nachricht geht auf eine Mitteilung zurück, die von einer industriellen Seite dem Direktor des Arbeitsamts in Dortmund gegenüber gemacht

wurde. Ob und wie der Plan durchgeführt werden wird, muß natürlich abgewartet werden. Im übrigen ist zu betonen, daß der Föderalverband den Vergarbeitsorganismen die folgenden Abänderungsbedingungen zum Tarifvertrag übermittelt hat und gleichzeitig die Organisationen aufforderte, dazu Stellung zu nehmen:

1. Die Vorkriegsarbeit wird sowohl unter Tage als über Tage wieder-
gestellt.
2. Um den Gedingearbeitern einen Anreiz
zu höherer Leistung zu geben, wird die
Spanne zwischen Mindestlohn und Hauer-
durchschnittslohn vergrößert. Der Grund-
lohn fällt weg.
3. Um dasselbe bei den Schichtlöhnen zu
erreichen, wird für jede Kategorie derselben
eine obere und eine untere Lohn-
grenze festgesetzt, innerhalb der eine Ent-
lohnung je nach Leistung von der Werks-
verwaltung bemessen wird.

4. Die Lohnspanne zwischen jugendlichen und älteren Arbeitern wird vergrößert, u. a. durch Erhöhung der Abzüge für Schlepper im Gedinge und Wiedereinführung von Abzügen für Zebrhauer. Die Einzelheiten der Veränderungsvorschläge sollen den kommenden Verhandlungen vorbehalten bleiben. Daß neben den vorgeschlagenen Veränderungen des Tarifvertrags überall, soweit es möglich ist, eine Verbesserung des Betriebsmittel in organisatorischer und technischer Beziehung eingeführt werden muß, ist selbstverständlich. Die Organisationen der Bergarbeiter haben ihrerseits zu diesen Vorschlägen Gegenvorschläge übermittelt. Der bereits begonnenen Verhandlungen werden fortgesetzt. Wie aus Vordum berichtet wird, haben die Beamten der Zechen beschlossen, von ihrem Einspruchsrecht gegen die Kündnappschaff' wurde allen Beamten gekündigt. Ein Teil wird am 1. Januar zu neuen Bedingungen in die Reichsnappschaff' übernommen.

**Schwere Kämpfe mit den Banden
der Sonderbündler.**
Über 120 getötet.

(W) Ueber die blutigen Kämpfe zwischen dem Selbstschutz des Siebengebirges und den Sonderbündlern berichtet die „Kölnische Ztg.“ noch, daß die Zahl der dabei getöteten Sonderbündler mit 130 nicht zu hoch angegeben sei. Schon am vergangenen Dienstag wurden in Breitsbach 5 Sonderbündler aus Kraftwagen herausgeholt und erschlagen. Im ganzen Siebengebirge bildete sich überall ein Selbstschutz, dem alle Parteien beitraten. Als in Hoesel in einem Auto Sonderbündler eintrafen, um hier ihre Plünderungen fortzusetzen, griff der Selbstschutz ein. 12 Autos mit 30 Sonderbündlern wurden von dem Hoeseler Selbstschutz aufgefaßt. Von den 30 Mann Sonderbündlern wurden 23 erschlagen. Als etwa 2000 Sonderbündler gegen den Selbstschutz vorgehen wollten, kam es im Honnefer Stadtwald zu schweren Kämpfen, in deren Verlauf 70 Sonderbündler getötet und 50 gefangen genommen wurden.

In Darmstadt

haben die Franzosen, die schon mehrfach Personen den Zutritt zum Widderfriedhof verweigert hatten, Personen, die sich zu einer Beerdigung begeben wollten, festgenommen, obwohl die Beerdigung angemeldet und genehmigt worden war. Die Festnahme erfolgte mit der Begründung, daß die Herren als Geiseln bis zur Auslieferung einiger vor mehreren Tagen nach dem unbefestigten Deutschland desertierter marokkanischer Soldaten festgehalten werden. Inzwischen sind 2 der Festgenommenen wieder entlassen worden.

Reichsbank-Präsident Havenstein †.

(W) Wie die Reichsbank mittheilt, ist Dienstag morgen Reichsbankpräsident Habenslein gestorben.

Der Reichskanzler Dr. Stresemann hat der Witwe des verstorbenen Reichsbankpräsidenten Habenslein ein Beileidstelegramm übermittlel. Der Verstorbene stand im 66. Lebensjahre und befand sich seit einiger Zeit auf Urlaub, von dem er aus dienstlichen Gründen zurückgerufen wurde. In Berlin angekommen, erkrankte er an einer schweren Grippe. Er hatte sich verhältnismäßig schnell erholt und war wieder imstande, an der Geschäftsführung der Reichsbank teilzunehmen. Wöthlich trat eine unerwartete Wendung in seinem Gesundheitszustand ein. Ein Herzschlag machte seinem Leben ein Ende.

[illegible]

Der englische Kohlenkredit der Reichsbahn.

Durch Wolffsbüro wird mitgeteilt: Der Abbruch der Verhandlungen mit den deutschen Kohlenhändlern durch die Reichsbahn hat in weiten Kreisen lebhafteste Enttäuschung und Beforgnis hervorgerufen. Wurde damit doch die Erwartung nach einer stärkeren Befeuerung des unbefriedigten Deutschlands mit Ruhrkohle für die nächste Zeit wieder hinfällig. Besonders schwer ist die Enttäuschung bei der Reichsbahn, die gehofft hatte, durch die Ruhrkohlenlieferungen endlich eine Erleichterung in ihrem Bezuge an Auslandskohlen zu erhalten und damit Devisen zu ersparen. Wenn die Reichsbahn nunmehr für die nächste Zeit mit dem weiteren Bezuge englischer Kohle, soweit das ihre Betriebsführung erfordert, rechnen muß, so ist ihr dieses Vorgehen im Augenblick dadurch wesentlich erleichtert, daß es ihr nach schwierigen Verhandlungen in London in den letzten Tagen gelungen ist, zu den üblichen Bedingungen von fahrenden Bankfirmen der City einen Kredit von drei Millionen Pfund Sterling für Kohlenlieferungen zu erhalten, den sie aber nur im Umfange ihres Bedarfs in Anspruch zu nehmen braucht. Daß für einen solchen offenen Kredit unter den heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des deutschen Reiches von den ausländischen Geldgebern Garantien verlangt werden, wird jeder Kenner unseres Wirtschaftslebens wissen. Wenn es der Reichsbahn gelungen ist, diese Garantien beizubringen, so verdankt sie dies in erster Linie der verständnisvollen Unterstützung der deutschen Industrie unter Mitwirkung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Bergbauverwaltung der führenden Banken. Für die Finanzierung des Reichs kamen von dem eigenen Beiz der Reichsbahn nur ihre unausgeschlossenen Braunkohlenspeicher bei Bitterfeld und Müllheim in Betracht. Wenn in einer Berliner Zeitung die Meinung ausgesprochen ist, daß hierdurch die Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Vorortbahnen, die aus dringenden finanzpolitischen Gründen zurückgestellt werden mußte, beeinträchtigt wurde, so zeigt sie wenig wirtschaftliches Verständnis, da es doch wohl bekannt sein dürfte, daß durch die Erleichterung der Kohlenbeschaffung das Pfandrecht des Gläubigers nur wertvoller werden kann.

Der Gewerkschaftsbund zur politischen Lage.

(B) Eine in den letzten Tagen abgehaltene Versammlung sämtlicher führenden Persönlichkeiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes des besetzten Gebietes hat nach eingehender Beratung der gegenwärtigen politischen Lage einstimmig folgende Entschlüsse angenommen: In Anbetracht der wirtschaftlichen Zerrüttung und der dadurch hervorgerufenen Notstände und Gefahren erklärt der Deutsche Gewerkschaftsbund für das besetzte Gebiet: 1. Wir bedauern, daß es noch immer nicht gelungen ist, die zwischen den Völkern Europas bestehenden Differenzen auf dem Wege der Verständigung auszugleichen und erblicken in der bisher von Frankreich beobachteten Haltung einen Hindernisgrund. 2. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die Arbeiterbewegung sich so aktiv an der Vertreibung der geborgenen separatistischen Kräfte beteiligt hat. Der Kampf gegen diese jeder politischen Idee baren Verbrecherbanden wird mit unverminderter Kraft und Aktivität fortgeführt werden. 3. Die rheinische Bevölkerung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie ihre Gewinnung nicht mit Gewaltmitteln verändern und ihren klaren Willen nicht täuschen lassen. Sie will mit ihren deutschen Brüdern im gemeinsamen Vaterlande zusammenarbeiten. Eine Vortrennung von Deutschland wird für sie immer undenkbar sein. 4. So sehr wir die Bedrückung der Bevölkerung an Rhein und Ruhr würdigen und so tatkräftig bei allen Innungen und für ihre Vindikation und Befreiung einfließen, so wenig vermögen wir die Lösung der schwierigen Lage darin zu sehen, daß jetzt in der Zeit höchster Tragweite unser seitigeres Verhältnis tiefgreifend verändert wird. 5. Die für Frankreich für notwendig gehaltene Sicherheit seiner Grenze liegt einzig und allein darin, daß das Volk an Rhein und Ruhr seinen Willen ungehemmt und ungehindert in Staat und Reich geltend machen und durchsetzen kann.

Eine Vertrauenskundgebung des Zentralvorstandes.

Der Zentralvorstand der deutschen Volkspartei nahm in stark besuchter Sitzung am Sonntag mit 203 gegen 11 Stimmen eine Entschließung an, in der die Über einstimmung mit der Reichsregierung ausgesprochen wird, daß der staatsrechtliche Zusammenhang des besetzten Gebietes mit Reich und Ländern unverändert bleiben. Der Zentralvorstand spricht weiter dem Parteiführer Stresemann sein volles Vertrauen aus, und gibt der Auffassung Ausdruck, daß schon mit Rücksicht auf die außenpolitischen Beziehungen jede Veränderung in der Führung der politischen Geschäfte völlig ausgeschlossen ist. Nicht in der Zusammenfassung der zur Zeit des Kabinetts stehenden Parteien unter Führung des Reichskanzlers Dr. Stresemann die einzige parlamentarische Möglichkeit für eine geordnete, politische Weiterarbeit, solange die Möglichkeit nicht besteht, eine größere Basis für das Kabinett aufzubauen. Schließlich nimmt der Zentralvorstand davon Kenntnis, daß kein Mitglied der Reichstagsfraktion gewillt ist, die Person des bewährten Kanzlers irgendwelchen Forderungen anderer Parteien zum Opfer zu bringen und erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie ihren Führer in seiner Position restlos unterstützen wird.

Sillegung der Notenpresse.

Wie die Blätter mitteilen, ist die Notenpresse nunmehr stillgelegt worden. Reichsbankwechsel werden von der Reichsbank nicht mehr diskontiert. Papiergeld darf nur noch auf Grundlage von Handelswechsel ausgegeben werden.

den. Damit ist die wesentlichste Quelle der Papiermarkinflation verstopft. Dem Vol. Anz. zufolge, hat die Reichsregierung von ihrem Darlehn in Höhe von 300 Millionen Rentenmark bei der Rentenbank bereits 50 Millionen abgerufen, um die Reichsbank in den Stand zu setzen, bereits in der nächsten Woche mit der Einziehung der Papiermark zu beginnen. Die Rentenbank ist bisher nur an die Behörden ausgegeben worden. Um die Rentenbank vor der Entwertung zu schützen, wird man sie nach Möglichkeit vom internationalen Markt fernhalten. Der Anz. zufolge wird also vorläufig weiter ausschließlich mit Devisen arbeiten müssen. Sobald als möglich soll die Reichsbank vollgedeckte Goldnoten herausgeben, die im internationalen Handelsverkehr tauschfähig sind. Wie die Voss. Ztg. meldet, wird voraussichtlich mit Beginn der nächsten Woche mit der Ausgabe der Rentenmark an Private vor sich gehen.

Weitere Nachrichten.

— Eine halbe Trillion Reichsmark. Nach der amtlichen Uebersicht über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse betrug die schwebende Schuld des Reiches am 21. Oktober 404.839.664.949.000.000 Mark. Es ist ohne weiteres klar, daß die als Folge hiervon ergebende Verschlechterung der gesamten Wirtschaftslage nicht ohne Einfluß auf die Finanzgarantierung des Reiches bleiben konnte. Die sprunghaften Preissteigerungen haben zu einer gewaltigen Steigerung des U. S. G. B. bedarf in Papiermark geführt, während sich auf der anderen Seite die Umstellung auf Goldmarkrechnung noch nicht in dem Maße auswirken konnte, wie es zum Ausgleich der Ausgabe notwendig gewesen wäre. Dazu kommt, daß die Lage in besetzten Gebiet noch durchaus ungeklärt ist, was namentlich die deutsche Wirtschaft nach wie vor in außerordentlichem Umfange belastet.

— Opfer einer Mine. An der Westküste von Oesel wurden Schiffsplanen und Warenkästen und 17 Leichen aus Land gespült, die z. T. mit Wunden bedeckt waren. Es wird angenommen, daß der Hamburger Dampfer „Kronos“, unterwegs von Stettin nach Petersburg, auf eine Mine gestoßen und gesunken ist.

— Hungerhitz. Im Hofe des Männerzuchthauses zu Karlsruhe wurde der zweijährige Knabe der Leiche eines Tagelöhners gefunden. Er hatte den Steinhauser Hermann überfallen, ihn erstickt und den Toten seiner Wertschätzung eines Teils seiner Kleider beraubt. Der Umstand, daß die Tat mit beider Verurteilung verurteilt wurde, ließ das Staatsministerium auf die Begründung verzichten.

— Baron Steiner an die Schweiz angetreten. Der ehemalige Bernburger Verwaltungsrat Kaiser Karls, Baron Bruno Steiner de Balmonde, der unter der Anklage verhaftet worden war, beim Versuch der Beteiligungsaktion zum Schaden Kaiser Karls gehandelt zu haben, ist jetzt von den französischen Behörden an die Schweiz ausgeliefert worden. Steiner wurde mit seiner Frau in Paris verhaftet. Die Auslieferung Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Schweiz wurde, und Frankreich haben mehrere Monate gedauert. Steiner und Frau wurden aus dem Pariser Gefängnis von französischen Politikern nach der französisch-schweizerischen Grenze gebracht und dort der Schweizer Politik übergeben. Auf Anordnung der Schweizer Staatsanwaltschaft ist Baron Steiner mit seiner Frau in das Untersuchungsgefängnis nach Genè eingeliefert worden. Dort steht der Prozeß bevor. Steiner hat bei dem Verlaß der Kronjuwelen und des Familien schmuckes den Kaiser um 3 Millionen Schweizer Franken betrogen. Frau Steiner hat an diesem Betrag mitgewirkt und sich außerdem von den Käufern der Schmuckstücke noch große Provisionen lassen, die von ihr damit begründet wurden, daß die Zuführung

derart außergewöhnlicher Stücke stets mit gegen Provision erfolge und daß sie die Entschädigung in diesem Falle einfordern müsse, weil ihr Mann infolge seiner Stellung im Hintergrund bleiben müsse.

— Gegen den Wucher auf dem Berliner Fleischmarkt wurde von der dortigen Wucherpolizei in einem starken Aufgebot von Kriminalbeamten und Schupo eine umfassende Aktion unternommen. Auf alle Verkaufsstellen des Schlachthofes wurden Beamte verteilt, die von Stand zu Stand gingen, um das Vorkommen der Wucherhandlungen zu prüfen und gleichzeitig festzustellen, ob sich die geforderten Preise mit den am Morgen festgesetzten Höchstpreisen für den Großhandel auch tatsächlich deckten. Gleichzeitig waren alle Ausgänge aus dem Schlachthof polizeilich gesichert worden. Wo Preissteigerungen festgestellt wurden, erfolgte Beschlagnahme der Waren. Außerdem wurden die Fälle dem Marktgericht zur Entscheidung übergeben.

— Zum Tode verurteilt. Nach zweitägiger Verhandlung hat das Hamburger Schwurgericht auf Grund des Spruches der Geschworenen den Händler Bittner wegen Ermordung und Verabreichung der Gifte Moegener zum Tode verurteilt.

— Der Studienrat als Vagabund. Man meldet aus Berlin: Der Studienrat Dr. Dobe, ein bekannter Vagabund, der angeklagt war, wertvolle Bücher aus der Staatsbibliothek gestohlen zu haben, wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte wegen Mangels an ausreichenden Beweisen nur vier Monate Gefängnis wegen Hehlerei beantragt.

— Vom Schaffner überfallen. Im Schnellzug Rietze-Warshaw versuchte ein Diebstahlender Schaffner ein zwanzigjähriges, in einem kleidungsweltigen Kleide allein reisendes Mädchen zu vergewaltigen. Die Nebenabteile waren leer und so verhielt sich die Schaffnerin ungehört. Als eine Station nahte, verließ er das Mädchen aus dem Zuge zu werfen. Es gelang ihm nicht. Nun schrie sie andere Bahnangestellte und Fahrgäste hinzu und befreite ihn halblos. Die Schaffnerin mußte in das Stationshaus schämen. Im Kampf hatte das Mädchen dem Manne zwei Finger abgehauen.

— Eierlegen um die Wette. Englische Geflügelzüchter haben soeben einen Wettbewerb begonnen, an dem über 2000 Züchter teilnehmen sollen. Die berühmtesten Eierleger der verschiedenen Hennen werden um den Preis kämpfen, wer im Laufe von 12 Minuten die meisten Eier legt. Der Wettbewerb steht wertvolle Preise vor, sowohl für die Züchter, wie für die Hühner. Das fliegende Ei hat sein letztes Glanzspiel ausstrahlt. Da lachen die anderen Züchter!

— Gut auch das Ged. Die Schädlingbekämpfung wird in den Vereinigten Staaten günstig zu liegen. In der Stadt Perth in Florida, wie die „Times“ berichtet, etwa 65 Prozent der Bevölkerung an Malaria. Um den Krankheitsübertragenden Moskitos die Brutplätze zu entziehen, legte die Gemeinde mit einem Kostenaufwand von 30.000 Dollars eine Entwässerungsanlage an. Kurz darauf waren die Moskitos verschwunden und mit ihnen die furchtbare Ansteckungsgefahr. Perth nimmt nun wieder an Volksgang zu, und der Handel, der vorher ganz daniederlag, beginnt auch neue Aufschwünge. Man hatte also nicht nur einen hygienischen Erfolg erzielt, sondern auch einen wirtschaftlichen, so daß diese zunächst scheinbar unproduktive Ausgabe sich als verbende erwiesen hat.

Vorwunder Schachvielmacher.

Dortmund, 19. Nov. Aufgetrieben waren: 177 Stück Großvieh, 136 Rinder, 50 Schafe, 425 Schweine. Es folgten (bezahlt für 1 Pfund Lebendgewicht) in Milliarden: Schen: 1a 50 bis 550, 2a 450-500, 3a 400-450, 4a 300 bis 400. Bullen: 2a 350-400, 3a 200-350. Färjen

und Kühe: 1a 500-550, 2a 400-500, 3a 450 bis 500, 4a 350-450, 5a 200-350. Rinder: 2a 600, 3a 520-600, 4a 450-520, 5a 300 bis 450. Schweine: 1a 1000, 2a 850-950, 3a 850 bis 950, 4a 800-850, 5a 700-800. Marktwert: Großvieh sehr langsam, sonst mittel. In den Preisen sind enthalten die Unkosten an Fracht, Viehpfloggebühren, Umfahrgeld, Händlergewinn.

Stimmen aus dem Vorkreis.

Unter die er zuerst werden Gedichte von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die die. action. des. Bl. nicht einverstanden ist.

(Eingefandt.)

Zum Totenfest.

Ich, auch im vergangenen Jahre
Schlug nach ewigem Plane
Seines Lebens letzte Stunde
Wandern wohl aus unsterblicher Kunde.
Frühe Gräber geben Kunde,
Wie gelebt hat Zeit und Stunde
Jener, der die Welt umher
Weistert stets in der Natur.
So schloß mancher hier sein Wollen,
Ob es andern hat gefallen,
Ob es andern war zum Segen,
Ob er ging auf eigenen Wegen.
Wohl dem, der als Staub geboren
In des Lebens kurzer Sonne
Niemals hier sich hat verweilt,
Seines Schöpfers zu vergehen.
„Glaube“ ist das Wunderwort,
Das das Gewissens Band
Und aus Gräbern dort
Hoffnung liegst hat verstanden.
„Nurke“ ist die Lebensart,
Die ihr in der Kindheit frühe,
Oder in der Jugend Schöne, oder nach des Lebens
Schloßet euer Erdennadeln.
Dank und Ehre auch euch Heiden,
Eure Gräber sollen meiden,
Wie im Glauben und im Hoffen
Ihr erlauft das ewige Leben
An des Vaterlands Altäre.
Heiße Sehnacht gibt uns Flügel,
Führt uns hin an eure Hügel
Wo wir sprachen dankerfüllt:
Euer Opfer bleibt befehl,
Eure Tat wird nicht vergehn
Für der Freiheit heilige Bahn —
Schlaft wohl — am Wiedersehen! —

Wirtschafts-Zahlen.

1 Goldmark	1 000 000 000 000
1 Goldpfennig	10 000 000 000
Silber-Markenschein (ab 19. 11.)	230 000 000 000
Dollar-Markenschein	4 210 000 000 000
Reichs-Markenschein-Umrechnungssatz	(22. 11.) 1 Goldmark 1 000 000 000 000
Steuerabzug-Multiplikator (19.-24. 11.)	300 000
Reichsbankdiskont	90%
Großhandelsziffer (12. 11.)	265 600 000 000
Lebenshaltungsziffer (19. 11.)	831 000 000 000
Buchhändler-Schuldenziffer	1 050 000 000 000
Zahlungszahl für Reichsarbeiter	421 000 000
für Beamten	82 000 000
Pfaktartengebühr ab 20. 11.	10 000 000 000
Briefgebühr ab 20. 11.	20 000 000 000

Die Wäsche wird so „schrecklich teuer!“ — ist die immer wiederkehrende Klage der Hausfrau. Allerdings ist sie selbst nicht immer ganz schuldlos an der Verteuerung, weil sie oft so kleine Seifenpulver, Waschlittel und Seifen wahllos durch und nebeneinander verwendet, die sich in ihrer Verschwendunglichkeit, statt das Waschen zu erleichtern und zu fördern, gegenseitig in ihrer Waschwirkung behindern und hemmen. Die Hausfrau, die mit Verstand, kann sich — und ihrem Geldbeutel — keinen größeren Gefallen tun, als dieses Waschmittel genau nach der Gebrauchsanweisung zu verwenden, d. h. es fast aufzulösen und ohne die vielen verunreinigten Zutaten zu gebrauchen. Versteht man eben kein Seifenpulver, wie es hunderte gibt, es ist das Waschmittel, welches durch seine schmutzigen Eigenschaften die Wäsche selbsttätig wäscht und ihr zugleich das erweichende blütenweiße Aussehen gibt. Durch Anwendung jeder einwirkenden Behandlung mit Wasser und Bürste wird so das Gewebe weitgehend gereinigt, ein Punkt, der in dieser Zeit der Leinwand natürlich auch von außerordentlicher Bedeutung ist.

Statt Karten!
Für die uns erwiesene Teilnahme beim Heimgange
unseres lieben Entschlafenen sprechen wir unsern
herzlichsten Dank
aus.
Namens der Familie Wienpahl:
Rudolf Spengler.

Bei jeder Wäsche
ist das vorherige Erweichen von
größtem Wert. Gutes Einweichen
in halbes Wasser! Es wirkt
schonigend und zersäuernd und
verbürgt sparsamsten Verbrauchs
des Waschmittels.
Henfo
Henfo's Wasch- und Bleich-Soda
ist das seit Jahrzehnten bewährte
unverfälschte Einweichmittel. Zu
einem wirtschaftlichen Waschen ist
es bei jedem Waschverfahren

Für Oberaden
Dorf und Heide suchen wir
zuverlässigen
Zeitungs-
boten.
Kamener Zeitung.
Mädchen von 26 Jahren
sucht 3136
Stellung
als Haushälterin zwecks
späterer Heirat. Möbel und
Wäsche vorhanden.
Gefl. Offerten unter 3136
an die Geschäftsst. d. Zeitung.

Korn und
Kartoffeln
gegen neues Damen- oder
Herrenrad zu vertauschen.
Zu erfragen in der Geschäftsst.


Erdal! 1, 2, 3
Zaubert den Glanz herbei,
Macht alle Schuhe neu
Ist billig dabei.
Erdal
Werner & Mertz A.-G. Mainz
in der Kamener
Zeitung
haben stets Erfolg

